



Antrag

der Fraktion der CDU

Flüchtlings- und Asylpolitik den aktuellen Bedürfnissen anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich auf der Ebene des Bundes aktiv dafür einzusetzen, dass die Bekämpfung von Schleuserbanden auf europäischer Ebene intensiviert wird. Hierzu sollte die Zusammenarbeit zwischen EUROPOL, Frontex und EASO intensiviert und die Grenzüberwachung durch die Mitgliedsstaaten verstärkt werden;
- ein Konzept zu erarbeiten, um minderjährige Flüchtlinge und Asylbewerber frühzeitig in den Schulalltag zu integrieren. Hierfür ist insbesondere erforderlich, dass möglichst schnell nach dem Eintreffen in Deutschland mit der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache begonnen wird. Hierfür müssen ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass Lehrkräfte auf den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen und Asylbewerbern, mit ihrer Situation und mit ihren spezifischen Problemen stärker vorbereitet werden;

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusätzlich zu den bereits beschlossenen Erhöhungen weiter aufgestockt wird. Nur auf diesem Weg kann das Ziel, die Dauer von Verfahren nachhaltig zu senken, erreicht werden;
- sich dafür einzusetzen, dass der Aufenthalt von Personen, denen kein Bleiberecht in Deutschland zusteht, konsequent beendet wird.

Astrid Damerow
und Fraktion